

Libell

LIGA

A 10940
POSTVERTRIEBSSTÜCK
ENTGELT BEZAHLT

RUNDBRIEF AUSGABE 118

[10. OKTOBER 2006]

GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V.

Einladung zur Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Brandenburg e.V.

Am Samstag dem 11. November 2006 in Potsdam

Am Samstag, dem 11. November 2006 findet im Umweltzentrum (3. Stock) des Hauses der Natur in Potsdam unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt zu der wir alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten recht herzlich einladen möchten. Beginn ist um 10.00 Uhr. Das Einführungsreferat zum diesjährigen Thema Gentechnik hält Herr Christof Potthoff vom Gen-ethischen Netzwerk aus Berlin. Frau Steffi Ober vom NABU-Bundesverband referiert ab 11.00 Uhr über Naturschutzprobleme durch Gentechnik. Nach der Mittagspause beginnt um 13.00 Uhr der offizielle Teil unserer Mitgliederversammlung.

- 13.00 Uhr – Formeller Einstieg
- Festlegung der Moderation und der Protokollführung
 - Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - Abstimmung der Tagesordnung
- 13.10 Uhr – Rechenschaftsbericht 2006
- Bericht der GF über die Vereinstätigkeit
 - Gesellschaftertreffen Landesbüro
 - Bestätigung der Gremienvertreter
- 14.00 Uhr – Finanzbericht und Haushaltsplan
- Finanzbericht 2005
 - Bericht der Revisionskommission
 - Bestätigung des Haushaltes 2006/2007
- 15.00 Uhr – Kaffeepause
- 15.30 Uhr – Sozialforum 2007 in Cottbus (Richard Schmid)
- 15.40 Uhr – Entlastung des Landessprecherrates
- 15.45 Uhr – Wahl der Wahlkommission
- 16.00 Uhr – Wahl des Landessprecherrates, der Schieds- und der Revisionskommission
- 16.30 Uhr – Sonstiges
- 17.00 Uhr – Gemütliches Beisammensein

Bund der Baumpaten gegründet

Am 6. 10. wurde im Potsdamer Haus der Natur der Bund der Baumpaten Berlin-Brandenburg gegründet.

Die neun Gründungsmitglieder stimmten der vorgelegten Satzung sowie der Beitrags- und Finanzordnung zu, so dass der Eintrag ins Vereinsregister beim Potsdamer Amtsgericht beantragt werden konnte. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Gudrun Kalbus aus Zeesengewählt. Ziel des Baumpatenvereins ist es, durch die Vergabe von Baumpatenschaften den Schutz von Bäumen wieder in das öffentliche Interesse zu rücken. So sollen pro Jahr sechs Patenschaften vergeben werden. Die Patenbäume werden mit einem Schild kenntlich gemacht. Der Baumpate kann wählen, ob seine Patenschaft rein ideelle oder auch materielle Unterstützung beinhalten soll. Kontakte zum Baumpatenverein sind momentan über die GRÜNE LIGA Brandenburg (Tel. 0331-2015520) möglich.

*Norbert Wilke



Haus der Natur in Potsdam

INHALT	Seite 2	Seite 3	Seite 4	Seite 8	Seite 11
	GRÜNE LIGA	Moderne	Tamera	Venezuela	Ehrenring für
	läuft Sturm	Dorfkultur	Heilung für die Welt?	Reisebericht	R. Dalchow

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Warum die GRÜNE LIGA gegen einen Windpark Sturm läuft !

Windkraftnutzung im Land Brandenburg – ein Thema, mit dem sich die GRÜNE LIGA seit ihrer Gründung beschäftigt hat. Neben einer von unserem Verein in Auftrag gegebenen Windkraftpotenzialstudie wurden die ersten Windenergietage der GRÜNE LIGA ausgerichtet. Vermitteln wollte man, die Konflikte zwischen Betreibern und Naturschützern einer sinnvollen Lösung zu führen. Im Rückblick war es der richtige Ansatz, welcher in einer profitorientierten Gesellschaft scheitern musste. Es gibt ihn noch, den „Windenergietag“, vom Bundesverband Windenergie ausgetragen, von den Betreibern dominiert und mittlerweile mit Teilnehmerbeiträgen zwischen 140,- und 170,- Euro. Eine bessere Fachmesse mit dem Ziel „Höher, besser, weiter“ findet unter Ausschluss der der Windenergienutzung wohlgesonnen Kritiker statt.

Auch die Ministerialbürokratie hat ihre Spuren im Märkischen Sand hinterlassen. Neben den Genehmigungspraktiken gemäß Bundesimmissionschutzgesetz, diversen Eignungsgebieten „Windenergienutzung“ in den Regionalplänen der Landkreise und einem Windkrafterlass (1996) wurden auch tierökologische Abstandskriterien (2003) durch das Landesministerium entwickelt. Letztere sollen den Naturschutzbehörden Grundlage für ihre Genehmigungspraxis sein. Hierbei fällt auf, dass zwischen beiden Erlassen sieben Jahre verstrichen sind. Ein Grund dafür könnte in der Individualität der Umsetzung artenschutzrechtlicher Vorschriften liegen. So auch im vorliegenden Klageverfahren.

Der Schreiadler, eine streng geschützte Art mit einer rückläufigen Bestandsentwicklung und ganzen 29 Brutpaaren im Land Brandenburg, ist hier der „Stein des Anstoßes“. Man stelle sich vor, ein Greifvogel sucht sich seinen Horststandort noch instinktiv. Hierbei missachtet er alle vom Menschen festgelegten Schutzgebietsgrenzen. Leider könnte ihm dieses natürliche Verhalten zum Verhängnis werden. Jeder dieser Horststandorte bzw. ihrer Bewohner müsste einer individuellen naturschutzfachlichen Prüfung unterzogen werden. Hierbei ist die im Windkrafterlass von 1996 enthaltene artenschutzrechtliche „Öffnungsklausel“ (Teil IV.4.1.(1) Satz 4) von Interesse. Grundsätzlich kann „die Wirkung eines Eingriffs“, hier das Aufstellen einer Windkraftanlage, vermindert werden, wenn ein Abstand von 1000 Metern zum „Brutgebiet gefährdeter Vogelarten“ eingehalten wird. „In besonderen Fällen“ kann diese Abstandsregel aus „Gründen des Artenschutzes“ erweitert werden, wie es im vorliegenden Fall des Schreiadlers erforderlich wäre.

Dieser Regelung steht aber ein gemeinsamer Erlass des Umwelt- und Verkehrsministeriums gegenüber, in welchem die Ausweisung von Windeignungsgebieten im Rahmen der Regionalplanung geregelt wird. Ziel dieses Erlasses war die Verhinderung von sogenanntem Windanlagenwildwuchs in der Fläche und Konzentration solcher Anlagen. Es wurden nach diversen Kriterien, wie z.B. Netzanschlussfähigkeit, Windhäufigkeit, Nähe zum Siedlungsraum und auch Flächennaturschutz sogenannte Windeignungsgebiete ausgewiesen. Ein Erlass mit Schwerpunkt Bauplanungsrecht ohne artenschutzrechtlichen Bezug.

Nun kommt, was kommen musste, die Erlasse kollidieren. Im Windeignungsgebiet „Hetzdorf“ (Sachlicher Teilplan „Windnutzung“ des Landkreises Uckermark) hat die Gemeinde in dem Bebauungsplan „Windfeld Hetzdorf“ den Bau von elf Windkraftanlagen festgesetzt. Im Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden innerhalb von drei Jahren mit drei Teilbau genehmigungen drei, zwei und nochmals zwei Anlagen, also insgesamt sieben Windkraftanlagen genehmigt. In der letzten Genehmigung änderte man die Höhe der Anlage von 134 Metern auf 147 Meter und die Leistung von 1,8 MW auf 2,3 MW je Anlage.

Nun stellte sich heraus, dass das gesamte Eignungsgebiet im sogenannten Restriktionsgebiet (Zone zwischen 3.000–6.000 m um einen Horst) zweier Horststandorte des Schreiadlers liegt. Ein Fünftel des Windeignungsgebietes, in dem keine Anlage in Planung ist, liegt sogar im sogenannten Tabubereich (0–3.000 m um



Schreiadler im Flug (Quelle NABU-Internetseite)

einen Horst). Hier steht gem. dem Erlass zu den tierökologischen Abstandskriterien (2003) der Bau von Windkraftanlagen den artenschutzrechtlichen Belangen entgegen. In diesem Erlass ist speziell bei den Ausführungen zum Schreiadler die naturschutzfachliche Begründung von Interesse. In dieser stellt der Verfasser bei Horststandorten in Deutschland auf eine Tabuzone von 6.000 m ab, setzt aber als Fazit nur einen Tabubereich von 3.000 m fest.

Eine in den letzten zwei Jahren vorgenommene GPS-gestützte Telemetrie-Untersuchung von Prof. Dr. Meyburg, welcher für einen Tabubereich von 6.000 m plädiert, verhärtet den Verdacht, dass die Verlegung des Tabubereiches im Erlass politisch motiviert war.

Die GRÜNE LIGA hat aus diesem Grund und um den Bau der Anlagen zu verhindern, einstweiligen Rechtsschutz bei Verwaltungsgericht beantragt.

Am Ende sei nur noch anzumerken, dass eine Verschiebung der Standorte wegen des Schreiadlerhorstes außerhalb des ausgewiesenen Eignungsgebietes bauplanungsrechtlich kaum möglich ist. Vorliegend würde eine Windkraftanlage gem. dem gemeinsamen Erlass des Umwelt- und Verkehrsministeriums den Belangen der Raumordnung entgegenstehen und wäre nicht genehmigungsfähig. Schilda läßt grüßen. *Michael Ganschow

Alleebäume werden nicht gefällt

Rüdnitz/Die Ahorn-Allee zwischen Rüdnitz und Danewitz bleibt stehen. Das Landesumweltamt erteilte keine Genehmigung für die Fällung der 726 Bäume an der Kreisstraße 6005. Der Landkreis Barnim hatte dies beantragt, um die Straße von Grund auf sanieren zu können. Von den mehr als 100-jährigen Bäumen gehe bei Sturm außerdem eine Verkehrsgefährdung aus. Die Allee sollte in drei Meter Abstand von der neuen Straße neu gepflanzt werden. Das Projekt „Allee für die Zukunft“ ist damit vom Tisch. Der Kreis beugt sich der Entscheidung des Landesumweltamtes. Vize-Landrat Carsten Bockhardt hatte dies den Kritikern des Vorhabens versprochen. „Ich kann das Urteil zwar nicht verstehen und halte es auch für falsch, aber ich werde es akzeptieren und mein Wort halten, wie ich das immer mache“, sagte Bockhardt gestern. In einer ersten Beratung der Fachgremien des Kreises wurde nach einer neuen Lösung gesucht. „Die Straße muss für die Bürger gebaut werden, das ist klar“, sagte der Vize-Landrat. „Wir schlagen jetzt vor, sie für die Erhaltung der Bäume entsprechend schmal zu sanieren und dann als Einbahnstraße um zu widmen.“ Es gäbe dann diese kurze Verbindung nach Danewitz und eine längere über Biesenthal.

Für die Naturschützer sprach Andreas Steiner von einem „glücklichen und erfolgreichen Tag für den Brandenburgischen Alleenschutz“.

*thu/MOZ (29.09.2006)

Moderne Dorfkultur in Großbeeren

Aus der Geschichte weiß man, dass neue Mächte aber oft die Angewohnheit haben, die Kultur, die Werte der untergegangenen Gesellschaft zu beseitigen. Seit die westliche Industriegesellschaft den Globus beherrscht, ist es ihr Prinzip, Natur großräumig zu vernichten.

In den sieben Jahren nach der Wende sind Tausende alter, gesunder Bäume der Motorsäge zum Opfer gefallen. Es sind so viele Alleen, Einzelbäume, Hecken und Wildflächen in den Dörfern vernichtet worden wie nie zuvor in so einem geringen Zeitraum. Verwaltungen, Grundstückbesitzer und Dorfbewohner in Brandenburg, auch in Großbeeren, haben sich ebenfalls dem modernen Paradigma der Naturzerstörung unterworfen. Nun, Mitte September 2006, wurde die Lindenallee in der Lindenstraße in Großbeeren vollständig vernichtet, nachdem bereits ein paar Monate zuvor die Bäume in der Poststraße gefällt wurden. Es waren alles gesunde Bäume. Ein Bewohner frohzelt: „Jetzt müsse man wohl die Lindenstraße umbenennen.“ Aber die Straßennamen haben keine Bedeutung mehr. Dort wo einst das Ackerland der Großbeerener Bauern war, stehen heute dicht an dicht moderne Wohnsiedlungen, deren Straßen Namen tragen wie Weidenweg, An den Buchen, Kastanienstraße. Aber große Bäume sind nicht in Sicht. Winzige Grünpflanzungen sind bepflanzt mit niedrigem Gehölz.

Auch Eigenheimbauern wissen, was jetzt modern ist. Bei der Übernahme der neuen Fläche wird als erstes alles bestehende Grün vernichtet. Selbst schöne, dorfpflegende Bäume wie Linden, Eichen, Kastanien und Walnussbäume dürfen mit Amtsduldung gefällt werden. Alte blühende Hecken, wie Philadelphus, Kornelkirsche, Liguster, Berberitzen, Flieder u.a. werden als unordentlich befunden und gerodet. Jeder neue Grundstückbesitzer greift sich wohl als Pionier, das eigene Land urbar zu machen. Wichtig scheint es, möglichst viel Boden zu versiegeln. Zu den meist groß ausgelegten Wohnhäusern kommen Carport, Gartenhäuschen, Terrassenflächen, Einfahrten. Die größeren Freiflächen werden mit Rasen eingesät. Dieser wird möglichst jede Woche gemäht, was den Lärmpegel im Dorf erheblich verstärkt. Der Rest wird mit Kirschlorbeer, Thujahecken, Korkenzieherweiden und sonstigen, für die Tiere wenig nützlichen Arten gepflanzt. Kein Baum darf groß werden, keine Hecke Blüten tragen – das scheint Prinzip. Schließlich könnten die Bäume einem auf den Kopf fallen und viel Laub abwerfen.

Aber auch die Dorfleute lassen sich nicht lumpen. Sie haben den neuen Stil begriffen. Wilde Ecken, wo eben noch Nachtigall, Grasmücken und Rotkehlchen ihre Nester verstecken konnten, werden überall beseitigt. Rasenflächen, die durchaus auch mal blühen könnten, werden bis in den letzten Winkel gemäht. „Damit es nicht aussieht wie bei den Russen“, sagt einer, der schon lange im Dorf wohnt. Obstbäume werden ausgerissen oder verstümmelt. Das Obst wird nicht mehr gesammelt. Das wurde früher gemacht. Alle weckten sich ihr Obst für den Winter ein. Heute geht man zu dem Supermarkt. Das ist bequem und billig.

Mit der Naturvernichtung wandelt sich auch der Dorfcharakter. Prägende Landschaftselemente verschwinden. Dorftypisches geht verloren. Wie vielerorts in Brandenburg verkommt das Dorfbild von Großbeeren zu dem Anblick typisch geschmackloser, langweiliger Siedlungen westdeutscher Art. * Regina Witt



Lindenstraße in Großbeeren ohne Linden



Stumpfkultur 2006 in Großbeeren

Den Berlin und Brandenburg trennenden Graben einfach zuschütten

Ohne diesen unsinnigen Graben aus Spaltungszeiten gäbe es einen schönen breiten Wanderweg aus Berlin-Zehlendorf in das Brandenburger Land. Seit der Wende waren die Berliner Campingplatzfreunde vor der alten Autobahnbrücke über den Teltowkanal die bösen Verhinderer der Wanderfreuden. Nach Süden sperrte die Platzmauerung jeden Eindringling aus und nach Norden gab es diesen ominösen tiefen Sperrgraben quer über alle Fahrbahnen, der auch von beiden Seiten mit einem Zaun abgesperrt war. Nach dem Fall der Mauer erkannten die Camper gleich die Gelegenheit, sich außer der umständlichen Zufahrt aus Berlin über Kohlhasenbrück entlang des Kremnitzufers einen eigenen Zugang über den Kanal in Richtung Dreilinden zu schaffen. Sehr ordentlich und dauerhaft ließen sie einen verzinkten soliden Stahlsteg mit Geländer anfertigen, den sie über den nun überflüssigen Graben legten. Nur sie hatten die Schlüsselhoheit über die beiden verschlossenen Türen im Zaun. Nach der Aufgabe dieses Standortes löste die Berliner Verwaltung nicht etwa die Frage einer ordentlichen Passage, sondern wollte es sich einfach machen: Kein Durchgang – keine Probleme, glaubten sie. Doch man hatte die Rechnung ohne die Beharrlichkeit der enttäuschten Wanderer gemacht, die manchmal müde von einer ausgedehnten Wanderung das heimliche Ufer wohl sahen, aber schon wieder abgesperrt waren. Kurz gesagt: Man kam mit dem Anbringen neuer Schlösser nicht mehr nach. Offiziell wollte man einen ordentlichen regulären Kanalübergang. Doch die Mühlen des Bezirkes mahlen zu langsam, der Senat war schneller und flugs war der Steg abtransportiert und die Tore auf beiden Seiten verschweißt. Das war wohl ein Stich ins Wespennest, es hagelte Proteste. Und da es sogar hieß, die ganze Autobahnbrücke würde abgebaut – eine sehr, sehr kostspielige Angelegenheit – wurde diese aus vielen triftigen Gründen inzwischen von Brandenburg unter Denkmalschutz gestellt. Gerade noch rechtzeitig zum Jahrestag des Mauerbaus wurde nach Protesten von allen Seiten ein neuer Steg installiert, da der solide alte schon nicht mehr auffindbar war.

Nun mein Vorschlag für eine einfache dauerhafte Lösung dieses Problems: Man soll bitte den tiefen Graben wieder bündig mit Erde auffüllen, und alle aufwendigen Einzäunungen, für die Sicherheit, einschließlich der um den aufgegebenen Campingplatz, werden endgültig überflüssig. Die Wanderer und Radler haben wieder freie Bahn und können bei der Tragfähigkeit der Autobahnbrücke auf viele Jahre sogar auch einen Rucksack mitführen. * peter E R N S T

Heilung für die Welt?

Bericht über einen Besuch im Friedensforschungsdorf Tamera im Süden Portugals

Irgend wann, in seinen späten Lebensjahren, war Lew Tolstoi einmal danach gefragt worden, ob denn nach seinen Vorstellungen alle Menschen so leben sollen, wie er selbst es seit Jahren praktiziere. Bekanntlich hatte der fünfzigjährige Graf nach einer Lebenskrise sein Leben radikal geändert: In seinem Moskauer Haus richtete er sich eine Schusterwerkstatt ein, in der er seine Stiefel selbst fertigte, und auch seine Kleider nähte er fortan selbst. Einige Bilder des russischen Malers Ilja Repin führen uns ein Bild davon vor Augen. Er ließ es sich auch nicht nehmen, gemeinsam mit den Bauern auf den Feldern seiner Grafschaft zu arbeiten. Die einfachen Bauern waren für ihn zu Wegweisern für eine natürliche Lebensweise geworden.

Auf jene Frage nach der Lebensweise nun gab der Vegetarier Tolstoi eine merkwürdige Antwort: Worauf es ankäme, sei, so sagte er, dass jeder Mensch seiner Erkenntnis gemäß leben solle. Damit ging es ihm um nicht mehr, aber auch um nicht weniger als eine konsequente Absage an den alltäglichen Opportunismus. Und dass Tolstois Leben und seine Predigt nicht ohne Folgen blieben, konnte er selbst erleben. Seine sozialkritischen Schriften standen im zaristischen Russland auf dem Index, Druck und Verbreitung waren verboten worden. Sie wurden aber von Hand abgeschrieben und in der Bevölkerung heimlich weitergereicht. Die Propagandisten seiner Ideen waren Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Es fanden sich immer mehr Menschen, die nicht nur für sich selbst nach ihrer Erkenntnis dessen, was recht ist, lebten, sondern auch Siedlungen bildeten, in denen diese Ideen verwirklicht werden sollten. An die Umsetzung einer ebenso radikalen Utopie erinnert auch Tamera auf dem Monte Cerro im Süden Portugals.

In diesem Projekt haben sich eine Vielzahl ganz verschiedener Menschen zusammengefunden. Es hat sie aus vielen Ländern dorthin gezogen. Fünf Jahre nach der Erschließung des Landes durch ihre Pioniere, die inzwischen in die Jahre gekommenen Mütter und Väter jener Utopisten, waren es 30 Siedler, die sich dort niedergelassen hatten; heute, nach über zehn Jahren zählt Tamera 120 Mitarbeiter und 60 Studenten. Sie kommen aus zwölf Ländern. Die jüngsten von ihnen sind noch Teenager, und die ältesten haben längst das Rentenalter erreicht. Es verbindet sie ein Unbehagen an der Welt ihrer Herkunft, die sie verließen, um dort ihre eigene neue Welt, die Zukunft hat und nach den Ideen der „Heiligen Matrix“ gestaltet ist, entstehen zu lassen. Damit verstehen sie sich selbst als Vorboten jener neuen Zeit. Auf dem kargen Land hatten sie zu nächst ihre Zelte aufgeschlagen und Bäume gepflanzt, es begann sich mit der Zeit in eine Oase zu verwandeln; Obst- und Gemüsegärten liefern ihnen inzwischen die Früchte, von denen sie sich – vorwiegend vegan – ernähren. Allein schon ihre Küche ist eine Provokation für die Gourmetrestaurants, in deren Küchen das Blut von gemordeten Tieren umherspritzt. Nicht wenige der Tameraner würden der These Tolstois zustimmen, dass es solange auch Schlachtfelder geben wird, als es Schlachthöfe gibt. Ihre Ernährungsgewohnheiten sind nur ein Ausdruck ihrer Weltanschauung, die sie miteinander teilen. Ihr Ringen um eine freie Liebe ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil ihrer Lebenspraxis. Das hat bereits vor 20 Jahren zu Angriffen und Pressekampagnen gegen ihre Altvordere von Seiten kirchlicher und konservativer Kräfte geführt, als jene sich noch im südlichen Schwarzwald in dieses Leben einübten, immer bestrebt, ihre sozialen Vorstellungen auch im Leben zu verwirklichen. Diese Vorurteile Tamera gegenüber bestehen nach wie vor. Bekanntlich liebt der Spießbürger sie über alles, und der deutsche Michel scheint geradezu mit ihnen verheiratet zu sein, bis dass der Tod ihn von seinem ach so heiß geliebten Vorurteil scheidet. Sein Kleingeist vermag nicht zu emessen, was „freie Liebe, in Verantwortung“ bedeuten kann!

Doch die Siedler von Tamera geben sich nicht damit zu frieden, Bioklos, Gemüsegärten und Solarenergiezentren zu errichten, und haben die Welt, wie sie ist, nicht nur im Blick, sondern wollen sie auch in eine friedliche verwandeln. „Heilbiotop“ nennen sie deshalb ihr Projekt. Und in der Tat geht von Tamera Heilung aus.

Bereits vor einigen Jahren hatte sich die UNO für das Friedensdorf interessiert. Im September werden Vera Kleinhammes und Benjamin von Medelssohn nach New York fahren. Die beiden jungen Leute gehören zu spirituellen Leitung von Tamera. Der UNO wird es diesmal um die Frage gehen, ob das Anliegen vom Friedensdorf Tamera als Modell in die Agenda der Vereinten Nationen aufgenommen werden kann. Damit würde dann endlich ein Traum wahr werden, der bereits vor 30 Jahren dem damaligen Präsidenten des Club of Rome, Aurelio Peccei, vorschwebte.

Was aber ist bisher in Tamera passiert?

Seit 1999 gibt es dort die Friedensschule „Mirja“. In den Wintermonaten findet die Ausbildung der Friedensarbeiter statt. Sie beinhaltet sowohl Friedenspädagogik als auch politische Netzwerkarbeit und ist mit praktischen Einsätzen in Krisengebieten verbunden. Alle TeilnehmerInnen erhalten dabei die Möglichkeit, zu Fachleuten auf einem ganz bestimmten Gebiet der Friedensarbeit zu werden. An einem Kurs nahmen bisher jeweils 30 Friedensschüler teil. Und die Nachfrage steigt. So wird es in diesem Herbst erstmalig zwei Kurse geben.

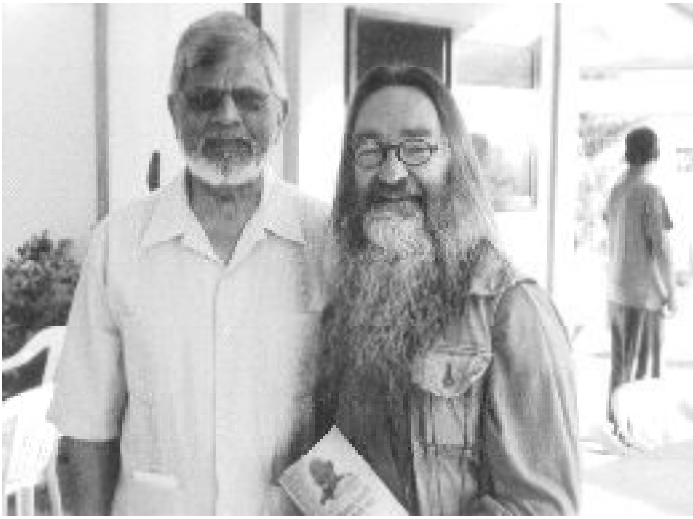
Im Jahre 2000 wurde hier auch das „Institut für globale Friedensarbeit“ gegründet. Es hat eine doppelte Aufgabe: Zum einen koordiniert es die Unterstützung von Projekten praktischer Friedensarbeit im Ausland, zum anderen sammelt es Friedenswissen und stellt Vernetzungen zwischen Friedensstiftern in der ganzen Welt her.

Im Sommer dieses Jahres hat das „Experiment Monte Cerro“ begonnen. Es soll bis 2009 laufen. In dieser Zeit wird hier ein modellhaftes Friedensdorf aufgebaut werden, das später auch „exportiert“ werden soll. Es ist vorgesehen, dass es drei Kriterien entspricht: Erstens soll es als Grundform eines Friedensforschungsdorfes dienen, das je nach dem Krisengebiet, in das es den Frieden bringen soll, weiterentwickelt werden kann, damit es vor Ort zur Deeskalation und Verständigung zwischen Konfliktparteien beitragen kann. Zweitens soll es dann dort zur Entwicklung von Fachbereichen der Friedensforschung dienen, wie zum Beispiel in den Bereichen Ökologie, Technologie, Architektur und sozialem Design. Und drittens wird es ein Ausbildungszentrum für „Peacemaker“ beinhalten.

Eine schöne Phantasie, die bestenfalls belächelt werden kann? Es gibt sogar schon eine Universität, die sich derzeit darum bemüht, dieses Projekt zu ihrem Campus werden zu lassen. Damit werden die Absolventen des „Experimentes Monte Cerro“ dann auch ein allgemein anerkanntes Zertifikat erhalten können.

Bis es so weit sein wird, braucht sich Tamera nicht über mangelndes Interesse zu beklagen. So seit etwa zehn Jahren findet dort eine sogenannte Sommeruniversität statt. In diesem Jahr kamen etwa 150 Leute aus 15 Ländern. Neben Vorträgen und Studiengruppen gab es Berichte von verschiedenen Projekten der Friedensaktivisten und von einer Pilgerreise nach Israel und Palästina, die als ein Projekt der Friedensschule „Mirja“ im vergangenen Herbst stattfand. Auf der Sommeruniversität bauten Israelis und Palästinenser weiter an den Brücken, auf denen sie zu einander finden. Und daran werden sie auch weiterbauen, wenn sie wieder in ihrer Heimat sind. Solche Menschen, die sich ganz dem Frieden verschrieben haben, braucht unsere Welt heute mehr denn je.

Oder die drei jungen Kolumbianer aus dem Friedensdorf San José de Apartadó! Dort wo seit über 40 Jahren, „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herrschen, haben sich 1.500 Menschen dem Frieden verschrieben. Ihre persönliche Charta gebietet es ihnen, keine Waffen zu tragen, weder direkt, noch indirekt am Kriegsgeschehen teilzunehmen, keine Informationen an irgendeine Konfliktpartei weiterzugeben, sowie auf Alkohol und Drogen zu verzichten. Der Leiter jener kleinen Delegation hatte vor einigen Wochen den Wehrdienst verweigert. Nach Mitternacht war er auf ein Revier der Militärs geschleppt worden und hat sich geweigert eine Eidesformel nach zu sprechen. Daraufhin hatte



Der Autor (r.) und Arun Gandhi (l.) in Tamera

man seine Personaldokumente kopiert. Wenn er im Laufe des August wieder in seine Heimat zurückkehrt, warten neue Drangsale auf ihn. Das hatte man ihm unmissverständlich in Aussicht gestellt. Seit 1979 sind bereits über 160 Friedensfreunde von den Bürgerkriegsparteien gezielt ermordet worden. Er kenne keine Angst davor, sagte er auf der Sommeruniversität in Tamera, und „wenn unser Präsident es schon nicht schafft Frieden zu stiften, dann wollen wenigstens wir damit beginnen!“ Eine Teilnehmerin des Gesprächsforums drückte aus, was alle fühlten und wollten: „Wir brauchen einen Zaubertrank, der euch Friedensarbeiter unbesiegbar macht. Wir werden ihn entwickeln.“ Zu den Gesprächspartnern und Vortragsrednern der Sommeruniversität gehörte auch Arun Gandhi, Enkel von Mahatma Gandhi. Er stellte das Vermächtnis seines Großvaters in den Mittelpunkt seiner Gedanken und Ausführungen zum Thema „Gewaltlosigkeit für das 21. Jahrhundert“ und betonte dabei besonders die spirituelle Dimension des persönlichen Friedenszeugnisses und ihre Auswirkung auf den politischen Raum. Alle Leute können hier in Tamera mindestens einen Baustein für eine friedliche Welt, nach der die Sehnsucht zu wachsen scheint, gerade angesichts des Krieges im Nahen Osten, finden. Die Sommeruniversität lieferte ihren Besuchern Anregungen und Ermutigung. Dabei würde das Publikum immer internationaler und das Programm immer politischer und konkreter werden, sagte eine regelmäßige Teilnehmerin dieser zehntägigen Veranstaltung.

Gibt es hier denn gar keinen Menschen, der an diesen Friedenssuchern, die sich hier zusammenfinden, etwas auszusetzen hat? Zu gegeben, sie sind in der Minderheit, aber einer von ihnen ist Max. Der Endfünfziger hatte vor einigen Wochen seine Heimat in Neuseeland verlassen, weil sie für ihn nicht mehr war als ein „Übungsfeld für den brutalen Markt“. Die Steuern würden dort ins Unermessliche steigen, die Lebenshaltungskosten seien für die kleinen Leute kaum noch aufzubringen, und Nazigangs würden immer stärkeren Einfluss auf das öffentliche Leben in den Städten gewinnen. So schildert er das Leben dort. Nun versuche er in Portugal mit seiner jungen Frau und dem Kind eine neue Existenz aufzubauen. Vielleicht würden ihm Freunde dabei helfen. Bei seiner Suche nach einem alternativen Leben hatte er von Tamera zum ersten Mal im Internet gelesen. Die Sommeruniversität wollte er nun zum Anlass nehmen, um die Protagonisten des gewaltfreien Lebens persönlich kennenzulernen. So landete er in einer Studiengruppe, die sich – wie alle Studiengruppen – mit der „Theorie der globalen Heilung“ befasste. Wie er sagte, hätten alle bei jedem zu stimmenden Beitrag immer applaudiert. Und als er dafür kein Verständnis aufzubringen vermochte, wäre er zu nächst schielend angesehen worden. Dann bauten sich Aggressionen auf, und bald war es mit seinem Frieden hin. So fragte er nach einer schlaflosen Nacht einen Freund, den er hier gefunden hatte, ob er ihn nicht in die nächste Stadt bringen könne, er müsse fort von hier. Mit diesen Freunden wolle er sich nicht mehr auseinandersetzen, und derartige Gemeinschaften seien für ihn ein für alle Mal passé.

Am nächsten Morgen begaben sie sich mit einem der wenigen hier vorhandenen Autos in die 30 Kilometer abgelegene Stadt. Kaum waren sie aufgebrochen, sahen sie mitten in dem unwegsamen Gelände am Straßenrand einen armen alten Bauern stehen. Sie hielten an und fragten, ob sie ihn mitnehmen können. Die fünf Kilometer bis zu seinen alten Jugendfreunden im nächsten Dorf hätte er niemals allein bewältigen können. Voller Dankbarkeit und Hochachtung sagte er nach dem Einsteigen „Oh, vom Monte Cerro kommt ihr!“, und „Wenn es euch nicht geben würde...“. Nach der halbstündigen Fahrt stieg Max aus. Sein neuer Freund fährt zu rück nach Monte Cerro in das Friedensdorf Tamera. Er muss sie unbedingt „zusammendenken“ – den armen dankbaren portugiesischen Bauern und Max, der in Unfrieden abgereist war. Und er fragt sich dabei, ob die Tameraner damit nicht recht haben, wenn sie sagen, dass der große Frieden immer bei mir selbst beginne, und dass es solange keinen Frieden in der Welt gebe, als es in der Liebe noch Krieg gibt.

Die flüchtige Begegnung mit dem armen alten Bauern scheint eine Bestätigung dessen zu sein. Für ihn sind die Nachbarn aus dem Friedensdorf Tamera schon oft Engel in der Not gewesen. Er möchte sie nicht mehr missen wollen.

Und wie sagte es doch Arun Gandhi, seinen Großvater zitierend: „Become the change you wish to see in the world.“

* Klaus Hugler

Abbestellungen von Verkehrsleistungen sind kein angemessenes Mittel

Nunmehr hat das Brandenburgische Verkehrsministerium die detaillierten Maßnahmen zu Einschränkungen im Bahnverkehr bekannt gegeben, die bereits zum 10. Dezember 2006 greifen sollen. Es sind laut Ministerium bis zum Jahr 2010 insgesamt 142 Millionen Euro einzusparen. Der Berlin-Brandenburgische Bahnkunden-Verband verweist nach wie vordarauf, dass es andere Möglichkeiten gegeben hätte, diese Summe zu sparen. Die Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer übersteigendie nun um zusetzenden Einsparungen bei weitem. Brandenburg ist das einzige Bundesland, das keine Eigenmittel zur Bestellung von Verkehrsleistungen aufwendet.

Dass die Anzahl der betroffenen Linien nun doch etwas geringer ausfällt als vorab angekündigt, ist allerdings nur ein Zwischenergebnis. Generell stehen offenbar alle Linien, die nicht durch Regionalexpresszüge befahren werden, auf der Streichliste. Die bewährte Salami-Taktik, vorhandene Angebote über die Jahre hinweg immer weiter einzuschränken, bis sie tatsächlich völlig unwirtschaftlich sind, wird fortgesetzt. Was in Brandenburg fehlt, ist eine völlige Neuausrichtung der gesamten Verkehrspolitik. Dazu gehört die Aufstellung eines verbindlichen und verlässlichen landesweiten Nahverkehrsplanes. Diesem müsste Grundlage für alle weiteren Entscheidungen sein.

Durch mehr Wettbewerb wird die Qualität des Angebotes besser und die Leistungen werden preiswerter. Diesen Weg versagt sich Brandenburg bisher.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unser Positionspapier vom 5. September 2006. Sie finden es unter: <http://www.bahnkunden.de/presse/20060905.php>

Klaus Richter verstorben

„Der Tod kommt jetzt so plötzlich, wie aus heiterem Himmel“ schreibt Klaus Mücke in einem Beitrag über Neu-Horno bei Forst. Am 5. Juli dieses Jahres verstarb Klaus Richter im Alter von 53 Jahren. Klaus Richter, selbst 18 Jahre lang Angestellter des Kraftwerkes in Jänschwalde, hat großen Anteil am zehnjährigen Kampf der Horner gegen ihre Umsiedlung und konnte als Leiter des Amtes Jänschwalde erreichen, dass die Dorfgemeinschaft erhalten blieb und Neu-Horno bei Forst errichtet werden konnte. „Wo will man hingehen, wenn man nicht weiß, wo man hergekommen ist?“ Dies war ein Leitsatz des Ur-Hornoers der den größten Teil seines Lebens gegen die Zerstörung seiner Heimat gekämpft hat. Am 11. Juli wurde Klaus Richter auf dem Friedhof in Neu-Horno beigesetzt.

* Norbert Wilke

Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes zum Ausbau des BBI Schönefeld

LS 1: Die Wahl des Standorts für einen internationalen Verkehrsflughafen ist vorrangig eine raumordnerische Entscheidung.

Das Gericht hebt besonders hervor, dass im Fall der Planung des Großflughafens Berlin-Schönefeld die eigentliche Standortentscheidung abschließend bereits auf der Ebene der Landesentwicklungsplanung gefallen ist.

LS 2: Wird die Zulassung eines Flughafenvorhabens an dem von der Landesplanung zielförmig festgelegten Standort beantragt, darf die Planfeststellungsbehörde die vorangegangene raumordnerische Abwägung nicht durch eine eigene ergebnisoffene Abwägung der nach ihrer Auffassung maßgeblichen Standortanforderungen ersetzen, bestätigen oder korrigieren.

Die Planfeststellungsbehörde wird vom Gericht ausdrücklich dafür kritisiert, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens noch einmal eine Variantenprüfung verschiedener möglicher Standorte stattgefunden hat. Wörtlich wird im Urteil an der hierfür zentralen Stelle ausgeführt (S. 38 Rn 72): „Beantragt der Vorhabensträger die Zulassung eines Flughafenvorhabens an dem von der Landesplanung festgelegten Standort, ist es weder Aufgabe der Planfeststellungsbehörde noch ist sie dazu befugt, die vorangegangene raumordnerische Abwägung durch eine eigene ergebnisoffene Abwägung der nach ihrer Auffassung maßgeblichen Standortanforderungen zu ersetzen, zu bestätigen oder zu korrigieren. Die Planfeststellungsbehörde hat das Ergebnis des landesplanerischen Standortvergleichs als solches hinzunehmen.“

Damit wird die Bedeutung der vorgelagerten Raumordnungs- und Landesplanungsverfahren besonders unterstrichen und das Planfeststellungsverfahren von der Diskussion über Standortalternativen entblößt.

Der Planfeststellungsbehörde wird vom Gericht nur dann die Befugnis zu einer eigenen Standortalternativenprüfung zugestanden, wenn es seitens der Landesplanung keine Festlegung auf einen definierten Standort gibt.

LS 3: Die Planfeststellungsbehörde trifft hingegen keine („positive“) Rechtpflicht zur Zulassung eines Flughafenvorhabens an dem von der Landesplanung zielförmig festgelegten Standort.

LS 4: Gelangt die Planfeststellungsbehörde bei ihrer Abwägung zu dem Ergebnis, dass dem Vorhaben am landesplanerisch festgelegten Standort unüberwindbare Hindernisse oder überwiegende öffentliche und/oder private Belange entgegenstehen, muss sie das Vorhaben an diesem Standort ablehnen.

Sofern im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens besonders gewichtige gegen das Vorhaben stehende öffentlichen, kommunalen oder privaten Belange identifiziert werden – die möglicherweise auf der Ebene der Landesplanung noch keine Rolle gespielt haben – dann kann die Behörde ein Vorhaben untersagen. Die zentralen Ausführungen des Gerichts zu diesem Thema lauten (und sie könnten fast als ausdrücklicher Hinweis an die Planfeststellungsbehörde im Ausbauvorhaben des Flughafens Frankfurt/M interpretiert werden – Urteil S. 41 Rn 77 und S. 42 Rn 79): „Die ‚raumordnerischen externen‘ Belange können für sich betrachtet so gewichtig sein, dass sich die landesplanerische Standortwahl in der fachplanerischen Abwägung nicht durchsetzt. Das kann insbesondere der Fall sein, wenn die Zulassung des konkreten Vorhabens an dem von der Landesplanung ausgewiesenen Standort in unverhältnismäßiger (unzumutbarer) Weise in private Schutzgüter wie Eigentum oder Gesundheit, in den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung oder in allgemeine öffentliche Belange (Wasserhaushalt, Bodenschutz, Natur und Landschaft) eingreifen würde... Das luftverkehrsrechtliche Abwägungsgebot (§ 8 Abs. 1 Satz 2 LuftVG) schließt die Ermächtigung ein, die raumordnerischen Gründe, welche die Standortentscheidung der Landesplanung tragen, zu Gunsten höher gewichteter gegenläufiger Belange zurückzustellen.“

In die Richtung potentiell Betroffener einer Flughafenplanung führt das Gericht ausdrücklich aus, dass eine Vielzahl inhaltsgleicher, paralleler Einwendungen Betroffener den privaten Belangen insgesamt die Qualität eines öffentlichen Belangs von Gewicht verleihen kann. Diese Einwendungen muss die Behörde bei der Abwägung gebührend berücksichtigen. Es macht somit auch aus der Sicht des BVerwG ausdrücklich Sinn, wenn sich Betroffene in Planfeststellungsverfahren auch mit Sammel einwendungen zu Wort melden. Das Gericht stellt damit einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Einwender und des Gewichts ihrer Argumente im Rahmen der behördlichen Abwägung her.

LS 5: Lässt die Planfeststellungsbehörde das Vorhaben an dem landesplanerisch festgelegten Standort zu, unterliegt die zielförmige Standortentscheidung der Landesplanung bei Anfechtung des Planfeststellungsbeschlusses aus Rechtsschutzgründen der gerichtlichen Inzidentkontrolle.

Gegen die Entscheidungen der Landesplanung und Raumordnung gibt es keinen unmittelbaren Rechtsschutz. Dies nimmt das Gericht zum Anlass, ausdrücklich zu statuieren, dass Entscheidungen vorgelagerter Planungsstufen dem Rechtsschutz suchenden Bürger nicht als unangreifbar entgehen gehalten werden dürfen (S. 43 Rn 83): „Soweit sich eine zielförmige landesplanerische Standortentscheidung, deren Zielbindung sich kraft der gesetzlichen Grundentscheidung in § 4 Abs. 1 und 3 ROG nicht auf private Betroffene erstreckt, inhaltlich in den Planfeststellungsbeschluss eingeht, muss sie daher aus Rechtsschutzgründen mit diesem zum Gegenstand der verwaltungsgerichtlichen Überprüfung (Inzidentkontrolle) gemacht werden können.“

Das bedeutet, dass jede zulässige Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss (das BVerwG verweist an dieser Stelle ausdrücklich auf seine Rechtsprechung zur straßenrechtlichen Planfeststellung) zur Überprüfung der Standortentscheidung auf der Ebene der Landesplanung bzw. der Raumordnung führt. Auch die Klage eines „nur“ Lärmbetroffenen führt in der Konsequenz dieser Ausführungen zur Inzidentkontrolle der landesplanerischen Standortentscheidung durch das Gericht.

INFORMATIONSDIENST UMWELTRECHT – KONTAKTE

IDUR-Büro Niddastraße 74, 60329 Frankfurt Tel. 0 69-25 24 77, Fax 0 69-25 27 48 Email: IDURev@aol.com, Internet: www.idur.de	Baurecht, Naturschutzrecht, Bürgerbegehren, Windkraftanlagen Ulrike Wegner, Tel. 0 60 74-81 44 30, Fax 0 60 74-81 44 31, tagsüber
Immissionschutzrecht Dorothee Keller, Tel. 0 61 51-78 35 70 Fax 0 61 24-1 24 95, tagsüber	Abfallrecht, Baurecht, Nachbarrecht Bettina Schmidt, Tel. 0 69-23 20 71 Fax 0 69-23 20 90, tagsüber
Abbau von Bodenschätzen, Abfallrecht Dr. Britta Kolonko, Tel 0 61 01-40 35 23 Funk 0 61 01-40 35 21, Email uc.bk@t-online.de	Verkehrsplanung, Altlasten und Bodenschutz, Europarecht (UIG, UVP, Audit) Felix Ekardt, Tel. 03 41-4 80 17 83, Fax 03 41-4 80 17 83, tagsüber/abends
Naturschutzrecht, Gentechnikrecht, Immissionschutzrecht Dirk Teßmer, Tel. 0 69-23 20 71 Fax 0 69-23 20 90	Verkehrsplanungen (insb. Straßenbau, Umweltinformationsrecht) Ursula Philipp-Geitach, Tel. 0 60 26-99 45 87 Fax 0 60 26-99 45 88, Dienstag/ Donnerstag
Wasserrecht, Immissionschutz, Umweltinformationsrecht Dr. Thomas Ormond, Spohrstraße 10 60318 Frankfurt, Tel. 0 69-55 79 15, Fax 0 69-59 79 15 88 vorher anrufen Email ormond@vff.uni-frankfurt.de	Eisenbahnplanung, Baurecht, Naturschutzrecht Martin Stichel, Hauptstraße 33, 63589 Linsengericht-Eidengessäß Fax 0 60 51-97 91 42, nur schriftlich.

LS 6: Bei der Prüfung von Standortalternativen müssen die Träger der Landesplanung sich Klarheit über die flächen- und zahlenmäßige Größenordnung der Lärmbetroffenen an den jeweiligen Standorten verschaffen.

LS 7: Die Prüfung örtlicher Einzelheiten und die Erfüllung spezifisch-fachgesetzlicher Anforderungen an ein wirksames und finanziell tragbares Lärmschutzkonzept bleiben der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens in der Planfeststellung vorbehalten. Die Landesplanung muss jedoch bereits auf ihrer Planungsebene vorausschauend prüfen, ob die Lärmschutzprobleme, die ihre Standortentscheidung auflösen wird, auf der Fachplanungsebene durch technische und betriebliche Schutzvorkehrungen beherrschbar sein werden.

LS 8: Die Lärmauswirkungen einer bestimmten Standortalternative bedürfen auf der Ebene der Landesplanung keiner numerisch-präzisen Detailprüfung, wenn sich im Verlauf des Planungsprozesses herausstellt, dass die vorrangig verfolgten landesplanerischen Zielvorstellungen an diesem Standort nicht realisierbar sein werden.

Die Inzidentkontrolle der Standortfindung im Rahmen der Landesplanung führt dazu, dass das Gericht einerseits eine Reihe von Anforderungen an die Landesplanung für ein ordnungsgemäßes Auswahlverfahren definiert und andererseits sichtlich darum bemüht ist, diese Vorgaben für die Landesplanungsbehörden praxistauglich zu beschreiben.

Enttäuschend ist dabei, dass das Gericht im konkreten Fall eine alte Luftverkehrsprognose aus dem Jahr 1999 aktuell noch für ausreichend gehalten hat.

Bei der Frage einer rechtmäßigen Standortwahl bestätigt das Gericht seine bisherige Rechtsprechung, dass eine landesplanerische Standortwahl nicht schon dann abwägungsfehlerhaft ist, wenn sich später herausstellt, dass ein anderer Standort ebenfalls vertretbar gewesen wäre (S. 49 Rn 98): „Die Standortwahl ist erst dann rechtswidrig, wenn sich die verworfene Alternative entweder als die eindeutig vorzugswürdige Lösung hätte aufdrängen müssen oder wenn die Planungsbehörde infolge einer fehlerhaften Ermittlung, Bewertung oder Gewichtung einzelner Belange ein rechtserheblicher Fehler unterlaufen ist.“

Planungsentscheidungen seien im Kern politische Entscheidungen, die vom Gericht nur auf die Einhaltung rechtlicher Schranken überprüfbar seien. Bei der Planung des Flughafens Berlin-Schönefeld sind diese Grenzen nach der Auffassung der Richter eingehalten worden.

Resümee

Die Kläger dürften mit dem Urteil im Ergebnis nicht zu Frieden sein. Das Gericht hat das Verfahren aber dazu genutzt, fast lehrbuchmäßig eine Vielzahl von Ausführungen zu machen, die zu künftige Planfeststellungs- und Klageverfahren für Flughäfen und andere raumbedeutsame Planungen inhaltlich erheblich beeinflussen werden. Die Argumentation des Gerichts stärkt in manchen Einzelfragen durchaus bestehende Positionen auf der Einwendenseite.

¹ Auf der Seite www.bundesverwaltungsgericht.de können Sie unter dem Link „Entscheidungssuche“ Unterlink „Suche“ das Aktenzeichen der jeweiligen Entscheidung eingeben und erhalten dann einen Link zur Entscheidung im Volltext (pdf). Die Aktenzeichen der Urteile lauten:

4 A 1073.04, 4 A 1075.4, 4 A 1078.4 und 4 A 1001.4.

² Mit LS (=Leitsatz) und einer anderen Schriftart gekennzeichnet sind die Leitsätze des Urteils 4 A 1075.04; Urteilszitate stammen aus dem Urteil zum Verfahren 4 A 1073.04.

* RA Thomas Rahner

Buchempfehlungen für Liga Libell

Freiheit–Gleichheit–Brüderlichkeit.

Wer kennt diese Begriffe nicht? 1789, vor mehr als 200 Jahren, wurden sie in der Französischen Revolution als Dreieck ins Leben gerufen und seither in den unterschiedlichsten Gesellschaften immer wieder als oberste Gesellschaftsziele hochgehalten. Auch heute noch berufen sich sowohl Fidel Castro als auch Georg W. Bush auf diese Werte. Doch leider wurden diese drei Gesellschaftsideale bis heute fast ausschließlich für ideologische Zwecke missbraucht und dabei die Freiheit gegen die Gleichheit oder die Gleichheit gegen die Freiheit ausgespielt. Die Kluft zwischen Ideologie und gesellschaftlicher Realität wird immer größer. Die Überwindung wird nur noch Wenigen über die Brücken von gemeinnützigen und wohltätigen Stiftungen möglich gemacht. Doch diese Hilfskonstruktionen sind schmal und brüchig, und die Kluft wird dadurch nicht kleiner. Trotzdem schießen zur Zeit Stiftungen wie Pilze aus dem Boden. In Deutschland wurden im Jahr 2005 über 880 neue Stiftungen (Kapital mind. 50.000 Euro) gegründet und damit die Gesamtzahl auf über 14.000 erhöht. Ins Rampenlicht gerieten kürzlich die Gründer Götz Werner („Grund Einkommen von 15.000 Euro für jeden“), Lis und Reinhard Mohr (Bertelsmann Stiftung) oder Hasso Plattner (SAP). Aus den USA wird über Bill Gate und Warren Buffet mit einem Stiftungskapital von über 60 Milliarden Dollar berichtet. Notwendig wäre hingegen ein systematischer Lösungsansatz im Geiste aller drei Werte der Französischen Revolution. In diesen zur Zeit „fruchtbaren Boden“ pflanzte Volker Wenzel sein Buch

Kurs auf Chancengerechtigkeit

Eine lange verdrängte Idee wird lebendig.

Er stellte sich die Frage, ob eine gerechte Verteilung von Lebenschancen realisierbar ist? Ja, sagt Volker Wenzel, wenn der Gedanke der Verantwortung füreinander wieder verstärkt in den Vordergrund tritt und im Staatswesen fest verankert wird. Erst dann können die meisten der Probleme gelöst werden, vor denen unsere Gesellschaft heute steht. Angeregt durch eine Idee des britisch-amerikanischen Publizisten Thomas Paine (1737 – 1809) entwickelt Wenzel ein realistisches Modell des Übergangs zu einem Gemeinwesen, in dem Freiheit und Gerechtigkeit nicht mehr in Konflikt geraten und deshalb für die Beförderung des Wohlstandes aller umso produktiver werden können.

Das Buch erschien 2006 im R.G.Fischer-Verlag und kostet 9,80 Euro (ISBN-13: 978-3-8301-0973-0). * Martin Küenzlen

Zum derzeit sehr aktuellen Thema ist bei C. H. Beck Verlag von Rahmstorf und Schellnhuber, „Der Klimawandel“ zu m Preis von 7,90 EUR (145 Seiten) erschienen. Die Autoren Rahmstorf, Professor für Physik der Ozeane, und Schellnhuber, Gründer und Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung stellen kompakt, verständlich und eindringlich Diagnose, Prognose und Therapie des größten Problems für unsere Umwelt dar. Die Folgen des Klimawandels werden im Detail beschrieben, wie Wetterextreme, Auswirkungen auf Ökosysteme, Ausbreitung von Krankheiten, Anstieg des Meeresspiegels. Die Frage: „Ist das Klima noch zu retten?“ bejahen die Autoren nur unter großen Einschränkungen: „Dafür muss die Politik in großem Stile handeln, die Wirtschaft in Kühner Weise investieren und die Gesellschaft entschlossen an einer neuen industriellen Revolution mitwirken.“ Zum Abschluss machen die Autoren deutlich, dass sie nichts von sog. Ingenieurlösungen halten. Sie sprechen von „Erdsystemmanipulation“. Gerade erst vor kurzem hat nämlich Paul Cruzen, inzwischen 72 Jahre alt, Nobelpreisträger, der die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Ozonloch in der Polarregion aufgeklärt hat, vorgeschlagen, mit Ballons Millionen von Tonnen Schwefel in die Atmosphäre einzubringen. Die Schwefelteilchen würden die Reflexion der von der Sonne einfallenden Strahlung vergrößern und ähnlich wie nach einem Vulkanausbruch die globale Temperatur absenken.

* Jost Krenmler (BUND KV Potsdam)

Reisebericht aus Venezuela - Teil 1



Blick vom „Caracas Hilton“ auf die Stadt und den Ökogemüseanbau
Mitten im Zentrum von Caracas: Direkt am vomehmen „Caracas Hilton“ wächst auf einer umzäunten Fläche Ökogemüse, angebaut von einer Gärtnergenossenschaft, dessen ehemals arbeitslose Mitglieder in den umliegenden Hochhäusern wohnen. Während deutsche Arbeitsagenturen den in der kapitalistischen Produktion nicht mehr benötigten Menschen mit unsinnigem Bewerbungsstress, Ein-Euro-Zwangsarbeit und künstlich Haus suchungen das Leben schwer machen, greifen an immer mehr Stellen in dem südamerikanischen Land Menschen zu rSelbsthilfe, um fehlende Dienstleistungen oder Produktionen in Gang zu setzen – und nicht mit „Ich-AG“, sondern mit staatlich geförderten Genossenschaften. Während sich in Europa angesichts scheinbarer Globalisierungszwänge der Abbau von Sozial- und Umweltstandards sowie von Bürgerechten fast ohne Widerstand fortsetzt und die gesamte Linke mangels alternativer Ideen und Konzepte gelähmt zuschaut, bahnt sich ausgerechnet im Hinterhof der USA, in Lateinamerika, eine entgegengesetzte Entwicklung an: Ein Land nach dem anderen bekommt eine linke Regierung, widersetzt sich den Vorgaben aus Washington und beginnt mehr oder weniger konsequent Reformen zu Gunsten der ärmeren Bevölkerungsteile. Interessant ist das schon deshalb, weil die 1973 in Chile installierte Putschregierung als erste die neoliberalen Rezepte anwandte, die zehn Jahre später unter Reagan und Thatcher in den USA und Großbritannien durchgedrückt wurden und die nun auch uns „beglücken“ sollen. Vorreiter der neuen Entwicklung ist Venezuela.

Über die dortigen Verhältnisse gelangen allerdings sehr widersprüchliche Informationen nach Europa. Den sich immer weiter gleichschaltenden Medien hierzulande und ihren Besitzern passt diese Entwicklung nicht, also bemüht man sich um Zerrbilder. Umso interessierter war ich daran, mir vor Ort selbst ein Bild zu machen – und dabei der Frage nachzugehen, ob der dortige Weg zur Lösung der sozialen Probleme auch die ökologische Dimension berührt. Eine von „Profil Cuba“-Reisebüro organisierte „Gewerkschafterreise“ gab mir im März Gelegenheit dazu, wobei die „Gewerkschafter“ keine Delegation von DGB und Co. darstellte, sondern Leute von der Basis umfasste, die sich für die Lebens- und Arbeitsbedingungen von „Werkstätigen“ und den „revolutionären“ Prozess Venezuelas interessieren.

Da diese Reise allerdings nur 14 Tage dauerte, buchte ich noch eine einwöchige Regenwald- und Indianertour sowie eine Woche Aufenthalt auf der Halbinsel Paria – unter vier Wochen Aufenthalt wären mein Gewissen wegen des Kerosinverbrauchs beim Fliegen zu sehr strapaziert und die Chancen dieser Reise vertan gewesen. Und es wäre auch nicht zu verantworten, die gewonnenen Eindrücke und Einsichten nicht weiterzugeben.

Vor- und Frühgeschichte einer Revolution

Auf dem Höhepunkt der weltweiten Energiekrise hatte 1976 die drittgrößte Fördernation Venezuela seine Erdölwirtschaft verstaatlicht und ein ehrgeiziges Programm zum Ausbau von Wirtschaft und Infrastrukturen gestartet. In der Hoffnung auf ständig steigende Erlöse aus dem Ölgeschäft wurden immense Kredite aufgenommen. Die von den beiden sich an der Macht abwechselnden Parteien der sozialdemokratischen AD und der christlichen COPEI dominierte Öl- und Staatsbürokratie ließ jedoch Milliarden Dollar versickern – auf dem Lande und in den „Barrios“, den Wohngebieten der Ärmern in den Städten, kam nicht viel davon an. Als in den achtziger Jahren die Ölpreise einbrachen, die Kredite nicht mehr bezahlt werden konnten, die Inflation auch die Rentenpensionen der Mittelschichten auffraß und das Land vor der Pleite stand, verordneten Weltbank und IWF eines der berüchtigten „Strukturanpassungsprogramme.“ Anfang 1989 wurden die Benzinpreise um 90% erhöht und Subventionen gestrichen. Es kam zu einem heute als „Caracazo“ bezeichneten Volksaufstand, den die Armee auf Anweisung des AD-Präsidenten Perez nach bis zu zweiwöchigen Kämpfen brutal niederschlug. Die Schätzungen zur Zahl der Opfer gehen bis zu 5.000. Der Caracazo hatte drei Folgen: 1. Das traditionelle Parteiensystem geriet in eine Krise (die sich 1993/94 noch verschärfte, als Perez das Beiseiteschaffen von Milliardensummen nachgewiesen wurde). Bei der Wahl im Jahr 2000 erreichten AD und COPEI nur noch 49 von 165 Sitzen. (Man stelle sich vor: SPD, CDU, FDP und Grüne hätten im Bundestag nur noch 30% der Sitze inne...) Die Menschen, vor allem in den Barrios, beginnen sich in anderen Zusammenhängen zu organisieren. 2. Die Wirtschaftskrise verschärfte sich weiter, Investoren mieden das Land. 3. Auch im von den Politikern missbrauchtem Militär begann das Nachdenken. Es bildeten sich Offiziersgruppen, die dem Regime von Perez misstrauten. Am 4.2.1992 versuchte der Fallschirmjägerkommandant Hugo Chavez mit Verbündeten in unteren Offiziersrängen einen Staatsstreich. Als das Scheitern offensichtlich war, rief er im Fernsehen seine Gefährten zur Einstellung der Kämpfe auf und übernahm die Verantwortung für die Aktion – im damaligen Venezuela ein unerhörter Vorgang, denn bis dahin war nie irgendwer für irgendetwas verantwortlich. Aber auch das, was über die Ziele der Putschisten öffentlich wurde, weckte Sympathien bei großen Teilen der Bevölkerung. Sieben Jahre später: Die politische und wirtschaftliche Krise hatte sich weiter verschärft. Hugo Chavez, 1994 vom neuen Präsidenten aus der Haft entlassen, gewann überraschend die Präsidentenwahl. Als erstes ordnete er die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung an. Von deren 131 Abgeordneten waren 120 auf Seiten des Präsidenten. Die neue Verfassung wurde drei Monate vom Volk diskutiert, dann von der Versammlung, dem 1998 gewählten „normalen“ Parlament (in dem noch die alten Kräfte dominierten) und dann auch vom Volk bestätigt. Sie muss als eine der weltweit modernsten bezeichnet werden (siehe unten). Das danach neu gewählte Parlament wurde von der Chavez-Partei MVR (Bewegung Fünfte Republik) und deren Verbündeten dominiert.

Chavez hatte vom ersten Tag an mächtige Gegner: Die USA, ausländische Konzerne und eine Oberschicht, die zwar Medien, Universitäten und vor allem den alten Staatsapparat beherrscht, aber nun alle Felle davonschwimmen sieht, weil jetzt die staatlichen Gelder dorthin fließen, wo sie wirklich gebraucht werden. Aber auch in Militär, Polizei und Geheimdienst sind nicht nur Männer des Präsidenten. Innerhalb kurzer Zeit gibt es zwei Parallelwelten im Land: Die der Chavistas und die ihrer Gegner. Eine „politische Mitte“ dazwischen existiert heute nicht mehr. Dies ist umso verwunderlicher, als die Veränderungen am Anfang mehr die Außenpolitik betrafen und wirtschaftliche, soziale oder den Staat betreffende Transformationen zu nächst ausblieben oder nur zaghaf angegangen wurden. Als die Regierung im April 2002 versucht, den staatlichen Ölkonzern PDVSA unter Kontrolle zu bringen, putschen Teile des Militärs und – die Medien. Alle Sender, außer dem staatlichen „Canal 8“, verbreiteten

Bilder Steine werfender Pro-Chavez-Demonstranten, verletzter Polizisten, von Opfern unter den Pu tschisten. Chavez wurde auf eine Insel entführt, der Chef des Unternehmerverbandes zum Präsidenten ernannt (und der Chef der Gewerkschaft CTV zu m Vize) und die Verfassung aufgehoben. Aber es lief nicht wie in Chile 1973: Die Bewohner der Armenviertel rings um Caracas glaubten den Sendern der Besserverdienenden nicht, strömten in die Innenstadt, versammelten sich vor dem Präsidentenpalast und den Privatsendern. Es kam zu Kämpfen zwischen Bevölkerung und Chavez-treuen Einheiten auf der einen und Pu tschisten auf der anderen Seite. Nach 48 Stunden verließen Carmona und Genossen den Präsidentenpalast durch die Hintertür. Der offene von den USA unterstützte Pu tsch war gescheitert. Der nächste Versuch zum Umsturz läuft über PDVSA und CTV direkt. In der Ölindustrie bricht Ende 2002 ein Streik aus, der schnell auf andere Bereiche überspringt. So stellen es CNN oder FAZ dar. Merkwürdig nur: In den Barrios fiel der Strom aus, in den Stadtvierteln der Reichen nicht. Als die Arbeiter des Aluminiumwerkes in Ciudad Guayana erfahren, dass die Erdgaslieferungen unterbrochen seien und die Produktion eingestellt werden müsse, fahren sie mit Bussen zur Verteilstation und drohen, diese zu besetzen. Plötzlich ist wieder Erdgas da. Die Busfahrer selbst wurden von ihren Bossen ausgesperrt – und nicht nur sie. Nach dem „Streik“, der oft eher einer Aussperrung entsprach (den Beschäftigten wurde von ihren Chefs der Zutritt zum Arbeitsplatz verweigert), spaltete sich auch die Gewerkschaft. Ca. 1,4 Millionen Beschäftigte werden von der neuen Gewerkschaft UNT für sich reklamiert, CTV vertritt noch 400 000. Obwohl schließlich Öl aus dem Iran importiert werden muss, scheitert auch dieser Umsturzversuch. Die PDVSA bekommt eine neue Führung, das Militär übernimmt die Kontrolle über die Sicherheit der Förderanlagen. So wie Fidel Castro erst nach dem Scheitern des USA-Angriffs in der Schweinebucht 1961 den „sozialistischen Charakter der Revolution“ proklamierte, radikalisierte sich auch die venezolanische Revolution ab 2003. Die Opposition scheiterte ebenso mit demokratischen Mitteln. Die Verfassung sieht vor, dass gewählte Amtsträger aller Ebenen nach Ablauf der halben Amtsperiode vom Wahlvolk abgesetzt werden können. Es wurden erfolgreich Unterschriften für ein solches Abwahlbegehren gesammelt, aber nur 40,7% der Befragten wollten Chavez weghaben. Ihre drohende Niederlage vor Augen, boykottierten AD, COPEI und Co die Parlamentswahlen 2005. Jetzt sind die Pro-Chavez-Parteien dort unter sich. Umfragen zufolge würden bei einer Präsidentenwahl etwa 70 Prozent für Chavez stimmen. Bleibt abzuwarten, ob sich im Dezember ein Gegenkandidat findet...

Erste Eindrücke von der Natur des Landes – und seinen Ureinwohnern

Erste Station meiner Reise ist Ciudad Bolívar, die erste Hauptstadt Venezuelas, am Südufer des Orinoco an einem steilen Berghang gelegen und in ihrem historischem Stadtzentrum (Weltkulturerbe!) überraus reizvoll, vor allem, wenn man den Berg zur Kirchehinaufgegangen ist und die Straßenzüge zum Fluss hinunterblicken kann. In der Ferne sieht man die an die Golden-Gate-Bridge erinnernde, bislang landesweit einzige Brücke über den Orinoco. Dieser drittgrößte Strom beider Amerika durchbricht hier eine Hügelkette und ist daher besonders schmal und reißend. Ein Felsen mitten im Strom wurde vom einst hier rastenden Alexander von Humboldt „Orinocometer“ genannt, weil die Einheimischen dort den jahreszeitlich sehr stark schwankenden Wasserstand ablesen. Niemand hat bislang messen können, wie tief der Fluss am Felsen ist – kein Messgerät hielt der Strömung stand. Als wir später mit einer anderen Reisegruppe nochmals hier vorbeikommen, können wir eine Bootsfahrt auf dem Fluss unternehmen und treffen dabei auf Flussdelphine. Die gelten als nicht so gesellig und entwickelt wie „normale“ Meeresdelphine, da sie als Art älter sind. Trotzdem begleiten sie uns zur Stadt zurück, das letzte Mal springt einer direkt vor der Bastion der alten Festung aus dem Wasser.

Von hier geht es mit einem Kleinbus auf Tour durch Savanne und Regenwald quer durch Venezuela nach Westen bis Puerto Ayacucho, der Hauptstadt des Amazonas-Bundesstaates an der kolumbianischen Grenze. Zunächst fahren wir durch baumarme, ebene Grasflächen, nur an Flüssen gibt es Waldstreifen und sonst hier oder da mal einen Palmenhain. Sehr häufig treffen wir auf riesige abgebrannte Grasflächen. Den Gestank verbrannter Pflanzen haben wir selbst mitten in Ciudad Bolívar wahrgenommen. Unser Reiseführer klärt uns auf: Am Ende der Trockenzeit wird das Gras so hart, dass sich die Rinder beim Fressen die Zungen aufschlitzen. Die Farmer brennen daher am Ende der Trockenzeit das alte Gras ab, damit mit Beginn der Regenzeit das neu wachsende Gras gleich frisch sprießen kann. Sehr viele Rinder sehen wir aber nicht. Die eingezäunten Flächen scheinen riesengroß zu sein. Manchmal fährt der Bus bis zu 10 Minuten, ohne das eine Grenze zwischen zwei Ranchos erkennbar wäre. Als uns später von den Landreformen der Regierung berichtet wird, sagt man uns auch, das rein juristisch bislang gar kein Land enteignet worden sei: Die Besitzer der großen Viehfarmen wurden aufgefordert, den Besitz der von ihnen eingezäunten Flächen nachzuweisen. Hat einer von denen mehr Land eingezäunt, als er im Kataster als sein Eigentum nachweisen kann, wird dieses an landarme Bauern oder Rückkehrer aus den Großstädten aufgeteilt. Sehr fruchtbar sieht das Gebiet aber nicht aus. Ich frage mich, ob eine andere Nutzung als Weidewirtschaft überhaupt möglich ist. Oder täuscht die Trockenheit, hat sich eine reichhaltige Vegetation nicht gegen die Weidewirtschaft mit den häufigen Feuern halten können? Je weiter wir uns ins Land begeben, desto häufiger sehen wir große schwarze Felsgesteine. Auf einer Dschungelwanderung stoßen wir später auf ein Riesenexemplar, das wie ein abgestürzter Meteorit mitten im Dschungel liegt. Wir befinden uns am Rande des Guyanaschildes, einem der ältesten Festlandsgebiete der Erde. Der Untergund besteht aus verschiedenen Arten Sandstein, der seit Jahrmillionen von Wind und Wasser abgetragen wird. Nur diese schwarzen Steine blieben übrig – und weiter im Süden riesige Tafelberge, die untermittelt schroff und steil aufragen, auf deren teilweise nie von Menschen betretenen Hochflächen aber mehr als 2000 Pflanzenarten gedeihen, die Hälfte davon nur auf diesen Hochebenen vorkommend. Die Indianer vermuten dort oben die Wohnstätten ihrer Götter. Immer wieder werden wir an Kontrollposten der Nationalgarde oder der Grenzpolizei aufgehalten. Ich frage mich, warum hier, über 200 Kilometer von der nächsten Staatsgrenze entfernt, die Grenzpolizei aktiv ist. Nach Stunden biegen wir Richtung Süden ab und durchfahren ein Gebiet mit besonders viel Brandflächen. Der Reiseführer sagt, dass hier ein Indianerstamm lebt, der gerade von der kolumbianischen Grenze umgesiedelt wurde – freiwillig. Dieser Stamm sei „ziemlich pyromanisch.“ Relativ spät am Abend erreichen wir unsere Herberge, ein kleines Touristendorf am Cauca-Fluss. Die Gegend ist wunderschön, aber sehr heiß. Mit einem motorisierten Einbaum fahren wir am nächsten Tag in ein Indianerdorf. Im Ort gibt es eine kleine Schule mit zwei Räumen für 26 Schüler. An der Wand hängen neben der Fahne und der Tafel auch handgeschriebene Zettel in einer unbekannteren Sprache – Spanisch ist es nicht. Die hier lebenden Indianer gehören zu zwei Stämmen und sind erst einige Jahre sesshaft. Die Kinder werden tatsächlich in ihrer Sprache unterrichtet und mit ihrer Kultur vertraut gemacht, denn vieles hat sich geändert und manches Traditionelle könnte verloren gehen. Im Dorf sind außer Kindern nur ein paar Frauen, die uns etwas verkaufen wollen. Am Rande des Dorfes liegen Konukos (Gärten) und eine Art Bootswerft. Den Ausflug in das Nachbar Dorf müssen wir streichen, weil dort TBC festgestellt wurde und der ganze Ort unter strenger Quarantäne steht. Der Rio Cauca ist in der Trockenzeit voller glatt geschliffener Steine, so dass ich mich manchmal frage, wie der Bootsfahrer dort überhaupt noch einen Weg für den Einbaum findet. Manchmal muss er wirklich umdrehen, weil der Wasserstand zu tief gesunken ist.

(Fortsetzung folgt)

* Heinz-Herwig Mascher

Nachlese vom Potsdamer Blütenmarkt

Erste „Havelblüten“ – Verein stellt bei Fest Regionalgeld vor

Im Wert von 2000 Euro sind am 26. Juni erstmals in der Landeshauptstadt „Havelblüten“ eingetauscht worden. Auf dem Weberplatz feierten die Initiatoren vom Verein „Potsdamer Regional“ die Premiere des Havelblütenfestes, zu dem schätzungsweise 300 Besucher kamen. „Es dürfen zwar immer mehr sein, aber wir sind für den Anfang zufrieden“, sagte Vereinssprecher Thomas Hempel. An 25 Ständen konnte am Sonnabend mit „Havelblüten“ eingekauft werden: Bratwurst und Bier, Handwerkskunst und Käse; auf alles lockten fünf Prozent Rabatt. Manch ein Kunde setzte die Blüten indes nicht gleich um, sondern nahm die hübschen Scheine mit nach Hause – als Andenken oder als Reserve, wenn ab Mitte Juli in Potsdam sowie einzeln im Umland die ersten etwa 80 Unternehmer das neue Zahlungsmittel akzeptieren. Doch Vorsicht, die „Havelblüten“ müssen innerhalb einer bestimmten Frist ausgeben werden, sonst sind sie nach und nach nichts mehr wert. Aufgrund Verfallsdatums bleibe das Geld im Umlauf, es fließt und stärke so die regionale Wirtschaft. Laut Hempel verhandelt der Verein zuzeit mit einem Mittelständler, der seinen Mitarbeitern sogar einen Teil des Lohnes in „Havelblüten“ auszahlen wolle. Wörtlich nahmen die Aktivistinnen der GRÜNEN LIGA Thüringen das Havelblütenfest. Sprecherin Saskia Gerber und ihre Mitstreiter machten auf „fair produzierte Schnittblumen“ aufmerksam.

* R.N. (MAZ)

Havelblüten als Wirtschaftsmotor

Neues Zahlungsmittel am Sonnabend auf dem Weberplatz vorgestellt

Wer Blüten als Zahlungsmittel in Umlauf bringt, der landet nicht hinter schwedisch en Gardinen, sondern versucht die regionale Wirtschaft anzukurbeln. So jedenfalls argumentiert Thomas Hempel, zweiter Vorsitzender des „Havelblüten“-Vereins, der genau dieses Zahlungsmittel als Regionalwährung anbietet. Am 26. Juni wurde bei einem Blütenmarkt ein erster Anlauf gemacht. Der begann etwas zäh, zur Eröffnung um 14.00 Uhr waren noch nicht einmal alle der 25 Stände aufgebaut und während der Fußballübertragung Deutschland - Schweden verschwanden die potenziellen Wirtschaftsförderer erst einmal für 90 Minuten, um die deutsche Mannschaft anzufeuern, ganz überregional. Aber Hempel zeigte sich am Schluss der Veranstaltung gegen 22.00 Uhr zufrieden. Für 2.000 Euro seien Havelblüten eingetauscht und zum Teil gleich wieder ausgeben worden. Eigentlich soll der Blütentausch 1:1 vorsichtig gehen, aber zum Start gab es für alle Tauschwilligen fünf Prozent Rabatt. Wie Hempel berichtete, seien 144.000 Havelblüten in den niedrigeren Eurowert gedruckt worden. Münzen gebe es nicht. In der ersten Tranche sollen erst einmal 50.000 Blüten unter die Leute beziehungsweise unter die Firmen gebracht werden. Die können dann per Blüte ihre Leistungen gegeneinander abrechnen und natürlich auch wenn die einverstanden sind ihre Leute damit bezahlen. Es werde jetzt gerade eine Liste aller Gewerbetreibenden erarbeitet, die später einmal Havelblüten annehmen, so Hempel. Da die Havelblüten nach einem Jahr verfallen, sei der Besitzer angehalten, sie so schnell wie möglich wieder in Umlauf zu bringen und auf diese Weise kurbele er die regionale Wirtschaft an. Am Samstag steckten allerdings viele die hübsch aussehenden Havelblüten erst einmal ein und versprachen, sie einem Annahmetest bei den Händlern zu unterziehen. Interessant, wer auf dem „Blütenmarkt“ in Babelsberg alles dabei war, zu dem Beispiel die Hebammenpraxis „Apfelbaum“ oder die Käsemanufaktur GbR aus Dallgow/Döberitz. Die GRÜNE LIGA hatte das Wort Blütenmarkt wörtlich genommen und war mit Infomaterial über den weltweiten Blumenhandel angereist. Der Potsdamer Verein ist deutschlandweit einer von 50 Initiatoren von Bezahlung mit Regionalgeld. 13 Vereine bieten es schon an.

* fran (PNN)



Blumiger Blütenstand der GRÜNEN LIGA auf dem Blütenfest

Nachlese zur Feldbefreiung in Badingen (OHV)

Trotz massiven Polizeiaufgebotes erreichten am 30. Juli rund 80 Feldbefreierinnen und Feldbefreier das Genmaisfeld bei Badingen. Die wenigen Polizisten, die den Feldweg und den südlichen Rand des Maisfeldes bewachten, konnten kaum etwas tun und mussten zusehen, wie die FeldbefreierInnen eingeschlossen, ohne jede Anwendung von Gewalt in das Feld hineingingen. Etliche FeldbefreierInnen waren weit über eine Stunde in dem großen Feld tätig. Gleichzeitig fand in Badingen nach einem Gottesdienst in der kleinen Dorfkirche eine Demonstration gegen den Genmais statt, mit bunten Transparenten und Rednern aus Frankreich, der Schweiz, aus Polen und Brasilien. Fotos und Pressespiegel unter www.gendreck-weg.de. In der kleinen Dorfkirche war am Samstagabend kaum Platz für all die Menschen, die das Konzert der Lebenslaute hören wollten. Aus Bachs Bauernkantate hatte die Gruppe ein kämpferisches, ermutigendes Lied gegen die Agrotechnik gemacht. Der Text steht im Netz unter <http://www.gendreck-weg.de/?id=120&lg=de>. Am Sonntag früh spielte die Gruppe erneut: inmitten eines Genmaisfeldes bei Strausberg, das zuvor für das Konzert durch eine partielle Feldbefreiung vorbereitet worden war. Am Samstagabend diskutierten unter freiem Himmel der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, AbL, Georg Janssen, der Berufsimker Michael Grolm, der brasilianische Agrarwissenschaftler Antonio Andreoli, Jörg Ditt vom regionalen Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Oberhavel sowie der Rechtsanwalt Wolfram Leyrer. Wie zuvor durch den Agrarkonzern Innoplanta angekündigt, war auch die Gegenseite auf dem Platz: Neben dem Genmais-Anbauer Eickmann meldete sich eine FDP-Bundestags-Abgeordnete zu Wort, Gentech-Professor Jany sprach mit den Umstehenden. Die Gentech-Lobby musste unsere Aktion ernst nehmen. Ihre massive Pressearbeit bis hin zu einer etwas befremdlichen „Gegendemonstration“ zeigt, dass Gendreck-weg durch aus den Nerv der Konzerne trifft. „Freiwillige Feldbefreiung“ ist bereits vielen Menschen ein Begriff. Nun gilt es, die Idee weiter zu verbreiten. Damit weitere Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen stattfinden können, bedarf es weiterer MitstreiterInnen – und noch einiger Spenden. Wer mitmachen möchte, wende sich einfach an aktion@gendreck-weg.de. Damit die Kosten für die Aktion und das ganze Wochenende wieder reinkommen starten wir eine kleine Kampagne: „Schuldendreck-weg“. <http://www.gendreck-weg.de/?id=15&lg=de>.

Die Bankverbindung: STOP GMO, Konto-Nr.: 2003983401, bei der GLS Gemeinschaftsbank (BLZ 430 609 67); BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE 31430609672003983401, Verwendungszweck: Gendreckweg!
* Team Gendreck-weg!

Kritik zum Beitrag von Carmen Peter im Libell 117

Mit Carmen Peter meldet sich in der Juni-Ausgabe einen Aktivistin gegen das Bienensterben zu Wort, deren Ausführungen nicht un widersprochen bleiben dürfen, weil eine Reihe von Fehlern, Pauschalismen und unzulässigen Gedankenverbindungen die eigentliche Lage der Imkerei in Deutschland in einem falschen Licht erscheinen lassen. Deshalb eine kurze Stellungnahme zu einzelnen Aussagen, zum ersten zur Situation der Imkerei in Deutschland:

Es ist richtig, dass die Zahl der Imker und der Bienenvölker in Deutschland stark zurückgegangen ist. Die Ursache dafür liegt aber nicht in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln oder bei der Agrotechnik, sondern zum einen in der schlechten Ertragslage infolge des Imports von billigen Honigen aus der dritten Welt, zum anderen am fehlenden Nachwuchs und an der Überalterung der Leute, die diesen Beruf als Hobby aus Altersgründen aufgegeben haben.

Imkerei und Gentechnik:

In Deutschland ist der Mais MON 810 als einzige Sorte zum Anbau zugelassen. Im Jahre 2006 war die größte Anbaufläche in Brandenburg mit ca. 1.000 ha angemeldet. Aufgrund von örtlichen Protesten haben viele Landwirte auf den Anbau verzichtet, so dass wohl ca. 300 ha Mais realisiert wurden. Im Vergleich zur landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands, die weit über 10.000.000 ha liegt, kann der Anbau von Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gegenwärtig keinen erkennbaren Einfluss haben, zumal der Mais für die Biene keine Tracht darstellt, da Mais vorrangig durch Wind bestäubt wird.

Bienen können den Pollen weit, d.h. einigewenige Kilometer weit tragen. Durch die Wanderimkerei, wie sie früher für Raps, Klee und Obst üblich war und vergütet wurde, konnte der Pollen mit den Beuten über große Entfernungen transportiert werden. Da aber u.a. aufgrund der austretenden Haftungsregelungen beim Anbau von GMO kein gentechnisch verändertes Raps in Deutschland zugelassen ist und vorläufig auch nicht zugelassen werden kann, steht dieses Problem zur Zeit nicht an.

Zur „industrialisierten“ Landwirtschaft:

Das Bestreben der konventionellen Landwirtschaft wie auch des Ökolandbaus nach hohen Erträgen und auskömmlichen Einkommen gehört zum Wesen eines jeden Wirtschaftsunternehmens. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und die Regeln der guten landwirtschaftlichen Praxis sorgen dafür, dass mit Pflanzenschutzmitteln sorgsam umgegangen werden soll. So wie im Straßenverkehr Regeln gelten, die man sich zu halten hat, gibt es diese auch in der Landwirtschaft. Das Handeln der Landwirte generell als verantwortungslos in Frage zu stellen ist weder begründet noch nachvollziehbar.

Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist so gestaltet, dass keine nachteiligen Auswirkungen auf den Naturhaushalt einschließlich der Biene eintreten dürften. Auch ist es einfach falsch zu behaupten, dass Erntemaschinen regelmäßig Insekten in großen Mengen häckseln würden. Im Straßenverkehr mit seinen hohen Geschwindigkeiten gerade auf Autobahnen bestehen für Insekten Todesfallen, deren Bedeutung für viele Insektenpopulationen von weit erheblicher Auswirkung sind.

Nun zu den Giften in der Landwirtschaft:

Pflanzenschutzmittel werden nur zugelassen, wenn sie für den einzusetzenden Zweck wirksam sind. Dies trifft auch für die im Ökolandbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel zu. Von den in Deutschland ausgetragenen Tonnagen an Pflanzenschutzmitteln (ca. 30.000 t/a) sind ca. 10 % Insektizide. Die Langzeitfolgen dieser Maßnahmen werden seit Jahren wissenschaftlich begleitet und untersucht. Man weiß heute, dass in der Landwirtschaft der Anbau von wenigen Kulturen, die Vernichtung von Feldrainen und Saumstrukturen im Rahmen der „Flurbereinigung“ und die Kombination von intensiver Düngung und Pflanzenschutz (Insektizide, Fungizide, Herbizide) die Vielfalt an Wildkräutern auf den Feldern deutlich verändert hat. Durch den Rückgang der Populationen vieler Wildkräuter und deren Lebensraum sinkt die Vielfalt auch anderer Organismengruppen, vor allem eben der

Insekten. Ein spezieller Hinweis zu Gaucho und anderen Imidacloprid enthaltenden Insektizid-Präparaten: Bezogen auf Imidacloprid ist festzustellen, dass dieses Insektizid in Deutschland nur bei Apfel, Salat und Zierpflanzen als Spritzmittel zugelassen war und ab 2006 nicht mehr zugelassen ist. Für den Anbau von Raps, Rüben, Kartoffel und Mais ist dieser Wirkstoff zur Beizung von Saatgut zugelassen, so dass sich in der Regel nur saugende und beißende Insekten an den Jungpflanzen dieser Kulturen vergiften können. Die Biene ist bei bestimmungsgemäßer Anwendung nach heutigem Erkenntnis nicht gefährdet. In Frankreich gab es vor wenigen Jahren einen Prozess um Bienenschäden, die durch Imidacloprid verursacht sein sollten, der viele Aufsehen erregt hat.

Die Klärung dieser Schäden ist wissenschaftlich noch nicht endgültig aufbereitet und bewertet, da auch *nichttoxische* Imidacloprid-Wirkungen auf das Nervensystem und das Verhalten der Biene mit ihren hohen „geistigen“ und „sozialen“ Leistungen der Orientierung und Informationsweitergabe durch den Schwänzeltanz nicht ausreichend abgeprüft worden sind.

Zum Schluss möchte ich noch anmerken, dass bei aller Wertschätzung der Biene, ihre Rolle als Haustier nicht überschätzt werden soll. Durch die Biene wird der Ertrag vieler Kulturen deutlich verbessert und stabilisiert. Aber dies macht z.B. beim Raps ca. 20 % des Ertrages aus. Deshalb ist es nicht richtig zu behaupten, dass ohne Bienen der Ertrag ausfiele. Dennoch steht unwidersprochen fest, dass die Biene als ein wichtiger Bestandteil der Landwirtschaft und überhaupt als Teil unserer Kultur zu sehen ist und ihr ein würdiger Platz in einer nachhaltigen Landwirtschaft gebührt. Wir alle können dabei helfen, indem wir täglich für unsere Gesundheit einen Löffel Honig verzehren und dafür Honig aus Deutschland, noch besser Honig aus der Region vom Imker kaufen. * Dr. Axel C. W. Müller (Bü 90/Grüne)

Wendland-Ehrenring für R. Dalchow



Reinhard Dalchow, 59 Jahre, ist Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. 1986 hatte er als Pfarrer wesentlichen Anteil bei der Gründung des Kirchlichen Umweltkreises Menz (Landkreis Oberhavel), 1989 unterzeichnete er den Gründungsaufruf für die GRÜNE LIGA und war Mitbegründer der GRÜNEN LIGA Oberhavel, die er 1990 am Runden Tisch des Landkreises Gransee vertrat. Er ist Mitorganisator des Umweltsonntags in Menz der in diesem Jahr zum 20. Mal stattfand und war Mitglied des Umweltbeirates Brandenburg. (Anmerkung der Redaktion)

Der brandenburgische Pfarrer Reinhard Dalchow ist für sein umweltpolitisches Engagement von der Stiftung Naturschutz Berlin mit dem „Victor-Wendland-Ehrenring“ ausgezeichnet worden. Die mit 2.500 Euro dotierte Auszeichnung wurde Dalchow in der Gethsemanekirche überreicht. Dalchow habe sich als „mutiger Demokrat“ bereits zu DDR-Zeiten „ohne Furcht vor staatlichen Einschüchterungsversuchen“ für den Umwelt- und Naturschutz eingesetzt, hieß es zur Begründung. Als Umweltbeauftragter der evangelischen Landeskirche habe der „engagierte Streiter für den Umweltschutz“ zudem dafür gesorgt, dass inzwischen rund 70 Prozent der Gemeinden Ökostrom beziehen und über 170 Solaranlagen auf Kirchgebäuden installiert wurden. Auch die Einrichtung des Naturparks „Stechlin-Ruppiner Land“ nach der Wiedervereinigung und unzählige Naturschutzaktionen seien maßgeblich auf Dalchows Engagement zurückzuführen. * EPD/taz Berlin lokal 29.6.2006

Veranstaltungen Haus der Natur - Oktober 2006

17. Oktober 2006

Förderverein Haus der Natur, Treff Arbeitskreis Naturschutzgeschichte, 14.00 Uhr, Versammlungsraum, Info: 0331-2015525
 Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN), ÖKO-Filmgespräch, Die wunderbare Welt des Karlheinz Baumann, Film ausschnitte aus seinem Lebenswerk als Naturfilmer, nach der Diskussion mit Karlheinz Baumann wird der Film „Die wunderbare Welt der Pilze“ gezeigt, 19.00 Uhr, Umweltzentrum, Info: 0331-2015535

18. Oktober 2006

Natur im Sucher – 1. Potsdamer Naturfoto-Herbst
 Dr. Lukas Landgraf: Falklandinseln, britische Weidlandschaft mit subantarktischer Tierwelt. Nur 500 Kilometer von Südamerika entfernt, aber noch 1.600 km nördlich der Antarktis bieten die zwei Hauptinseln der Falklandinseln einen wunderbaren Einblick in die Vielfalt der subantarktischen Meeresfauna und -flora. An der stark zergliederten Küsten leben Pinguine, Skuas, Albatrosse, See-Elefanten und Orkas von dem Reichtum an Plankton, Krill und anderen Meeresorganismen. Die Haupteinnahme der überwiegend britischen Bevölkerung der Falklandinseln ist die Schafzucht. 19.00 Uhr, Umweltzentrum, Info 0331-2015525, Eintritt 3 Euro, ermäßigt 1,50 Euro

19. Oktober 2006

Förderverein Haus der Natur, Konferenzzentrum Lebensraum Ländlicher Raum und Demografischer Wandel
 In den ländlichen Räumen Brandenburgs werden immer weniger und immer mehr ältere Menschen leben. Einem Zuwachs im Berliner Umland steht ein starker Bevölkerungsrückgang in den anderen Regionen gegenüber. Der Naturschutz steht für den Dreiklang der Nachhaltigkeit. Er muss sich damit auseinandersetzen, wie sich wirtschaftlich und soziale Veränderungen ökologisch auswirken und welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Naturschutz und Landschaftspflege beinhalten Chancen, Schumpungs- und Anpassungsprozesse nachhaltig zu gestalten. Beginn 10.00 Uhr, Umweltzentrum, Info und Anmeldung: 0331-2015525

25. Oktober 2006

Natur im Sucher – 1. Potsdamer Naturfoto-Herbst
 Dr. Waltraud Schulze: Landschaftseindrücke aus Westtibet
 Die endlose Weite des Hochlands von Tibet fasziniert seitdem 18. Jahrhundert Entdecker, Forscher und Bergsteiger der westlichen Welt. Umso mehr beeindruckt die Lebensweise der tibetischen Nomaden, die dem rauen Klima erfolgreich angepasst ist. Auf einer Radtour durch das tibetische Hochland bis Lhasa lernte die Autorin die faszinierende offene Weite des höchstgelegenen Landes der Welt und die dort lebenden Menschen, Tiere und Pflanzen kennen. Beginn 19.00 Uhr, Umweltzentrum, Info: 0331-2015525, Eintritt 3 Euro, ermäßigt 1,50 Euro

15. Oktober 2006

Treff der Initiativen gegen die Netzverknüpfung um 18.00 Uhr, Versammlungsraum, Info: 0331-2015511

28. Oktober 2006

Naturschutzbund (NABU) Brandenburg
 Jahrestreffen der Berlin-Brandenburger Herpetologen (Amphibien und Reptilien)
 9.00 Uhr, Umweltzentrum, Info: 0331-2015570

HAUS DER NATUR, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
 Tel. 0331-2015525, Fax 0331-2015527, haus-der-natur@t-online.de <<mailto:haus-der-natur@t-online.de>>, <www.hausdernatur-brandenburg.de>

1990 gründeten Umweltschützer ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:



Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:

Visionen haben

Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fördern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen.

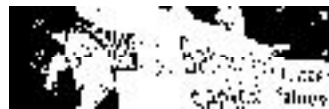
Innerhalb dieses Netzwerks wahren diese



Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin Landesverbänden zusammengeschlossen.

Netzwerk knüpfen

Handeln anregen



Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner

Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

102. Protestwanderung

Am Sonntag, den 29. Oktober, findet um 14.00 Uhr in Neuruppin die nächste Protestwanderung der Bürgerinitiative FREIE HEIDE statt. Treffpunkt ist an der Neuruppiner Klosterkirche.

* BI FREIE HEIDE



Impressum

Herausgeber und Verleger:
 GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.
 Haus der Natur
 Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
 Tel. 03 31 - 201 55 20
 Fax. 03 31 - 201 55 22
 Email: grueneliga@brandenburg-t-online.de
 Internet: www.grueneliga.de
Redaktion: Norbert Wilke, Christine Titel, Susanne Bohlenberg, If Wölle
 Erscheinungsweise: zweimonatlich
 Preis: 1,00 Euro – bei Mitgliedern im Beitrag enthalten
 Auflage: 1.000 Exemplare
 Bankverbindungen:
 Geschäftskonto: 55 000
 Rechtsschutzfonds: 1000 55 000
 Spendenkonto: 2000 55 000
 Lausitz-Bank, BLZ: 180 626 78